

Der Wert Europas

Repräsentative Bevölkerungsumfrage in Deutschland, Frankreich und Polen

Zusammenfassung und Interpretation der Erhebungsergebnisse

Der Wert Europas sinkt in den Augen der Bevölkerung; eine Feststellung, die sich in Prozent und hinter dem Komma nachmessen lässt. Im „Weimarer Dreieck“ d.h. in Polen, Deutschland und Frankreich schwinden die Zustimmungswerte auf breiter Front. Dies zeigt eindrucksvoll die Bevölkerungsumfrage der Bertelsmann Stiftung in diesen drei Ländern über den Wert Europas, die in der Sommerpause durchgeführt und jetzt veröffentlicht wurde. Sichtbar wird darin eine unerwartete und seltsame Umkehrung der üblichen Klischees. Während früher den Deutschen der Ruf vorauselte, die eifrigsten Verfechter der Europäischen Einigung zu sein, ist jetzt ihre Skepsis am Größten. Die Franzosen, traditionell prinzipientreu gegen jede Form von nationalem Souveränitätsverzicht, zeigen sich neuerdings pragmatisch und insbesondere die Bevölkerung in Polen, deren Politiker bei der Aufnahme ihres Landes in die EU um jeden Quadratzentimeter nationaler Selbstbestimmung haderten, zeigen sich neuerdings als die größten Verfechter des Wertes Europas.

Insgesamt aber muss man feststellen: Die Idee der Europäischen Union scheint sich in einer Krise zu befinden, am Stimmungshorizont tauchen tiefschwarze Wolken auf. Bei manchen Befunden scheint das Sentiment gegen das Gesamtprojekt zu überwiegen, nationale Rückzugsoptionen werden mehrheitsfähig. Manchen mögen solche Befunde nach zwei Jahren der Krise und ihrer eurokritischen Diskussion nicht verwundern. Doch womöglich liegt hier ein tieferliegender Trend zugrunde, der in allen europäischen Ländern erkennbar werden könnte: Eine Krise der verbindenden Werte Europas und seiner Gesamtkonstruktion. Ganz bestimmt aber ist sie das Symptom für eine Krise, die einer besseren Antwort bedarf als nur des Rufs nach bürgerfreundlicherer Kommunikation des Projektes.

Was sind die genauen Befunde? Was deren Ursachen, welche Schlussfolgerungen legen sie nahe und was bedeuten ihre langfristigen Konsequenzen? Dazu zunächst ein Blick auf die wichtigsten Zahlen.

Garant des Wohlstands

In allen drei Ländern wird die EU vor dem Hintergrund des entfesselten, globalisierten Wettbewerbes als Garant für den wirtschaftlichen Wohlstand betrachtet. Zwischen 57 Prozent und 62 Prozent der Menschen erklären jeweils, dass ihr Land die EU benötigt, um auch in Zukunft mit den Großmächten und Schwellenländern mithalten zu können. Nur eine Minderheit glaubt, dass die eigene Nation dazu die EU nicht benötige, in Deutschland sind davon immerhin 39 Prozent überzeugt, in Polen gerade einmal 29 Prozent.

Weltweit politisches Modellvorbild

Noch positiver wird die EU dabei im internationalen Systemwettbewerb bewertet. Hier empfinden die Kerneuropäer die Europäische Union als Vorbild für andere Regionen in der Welt. In Deutschland sogar zu 69 Prozent, in Polen meinen dies 59 Prozent und selbst im national sendungsbewussten Frankreich immerhin nach 56 Prozent.

Persönliche Vorteile

Und auch bei der Abwägung der persönlichen Vor- und Nachteile, die den Menschen die Mitgliedschaft in der EU bringt, ist in allen drei Ländern eine qualifizierte Mehrheit zwischen 52 Prozent und 65 Prozent der Meinung, dass sie ihnen persönlich mehr Vorteile verschafft. Nur 17 Prozent in Polen und jeweils 32 Prozent in Deutschland und Frankreich sehen eher Nachteile.

Reisefreiheit

Ganz eindeutig positiv ist die Bewertung der EU auch noch, wenn nach ganz praktischen Vorteilen der EU – wie dem Schengener Abkommen – gefragt wird. Auf die Frage, ob alle EU-Bürger innerhalb der EU Grenzen ohne Passkontrollen passieren sollten, erklären im Sommer 2012 zwischen 60 Prozent der Franzosen und 92 Prozent der Polen (die Deutschen zu 63 Prozent) eindeutig „Ja“. Lediglich die Franzosen sind mit 39 Prozent in einer größeren qualifizierten Minderheit skeptisch gegenüber uneingeschränkter Reisefreiheit.

Arbeitsmarkt

Deutlich negativer ist die Einschätzung aber, wo nach dem Nutzen gefragt wird, den die EU auf den wichtigen sozialen und gesellschaftlichen Feldern nach innen stiftet. So spreizt sich das Meinungsbild zwischen den Ländern, wenn nach den persönlichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt gefragt wird. So glaubt nur noch eine Mehrheit der Polen von 43 Prozent, dass die Mitgliedschaft des Landes die eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt gestärkt hat, 38 Prozent meinen, sie wäre ohne EU-Mitgliedschaft besser oder gleich. In Frankreich ist nur noch eine Minderheit von 40 Prozent zu 48 Prozent dieser Auffassung. Und in Deutschland erklären 55 Prozent der Einwohner ohne Mitgliedschaft in der EU wären ihren Arbeitsmarktchancen besser oder „so wie jetzt auch“, nur noch 28 Prozent sagen, sie wäre ohne EU-Mitgliedschaft schlechter.

Sozialer Ausgleich

So wird Europa auch generell nicht mehr als Wahrer sozialer Stabilität und des Ausgleichs wahrgenommen. Nur in Polen erklären 56 Prozent gegenüber 28 Prozent, der soziale Frieden sei durch die Mitgliedschaft des Landes in der EU sicherer geworden. In Frankreich sieht eine knappe Mehrheit von 51 Prozent (gegenüber 38 Prozent) dies als Errungenschaft der EU. Dagegen bewerten die Deutschen den Einfluss der EU auf den sozialen Frieden in Deutschland negativ. Hier erklären 48 Prozent, die soziale Lage sei durch die EU eher unsicherer geworden, nur 42 Prozent der Deutschen sehen in der EU noch einen Wächter des sozialen Friedens.

Aber auch die Franzosen sind mehrheitlich der Auffassung, dass der EU der Ausgleich zwischen der Ökonomie und der sozialen Verantwortung nur unzureichend gelingt. So glauben 52 Prozent der Franzosen, dass dieser Ausgleich eher schlecht oder sogar sehr schlecht gelingt, gegenüber 43 Prozent, die den Ausgleich als gelungen ansehen. In Deutschland sind ebenfalls die Skeptiker mit 50 Prozent gegenüber 46 Prozent in der Mehrheit. Nur in Polen urteilt die Bevölkerung mehrheitlich positiv. Hier sagen 54 Prozent der Ausgleich gelinge „sehr gut“ oder „eher gut“, nur 34 Prozent finden „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“.

Identität/Europäische Lebensart

Diskussionswürdig ist daher auch der Befund, dass den Kerneuropäern die kontinentale Identität als Europäer oder eine „europäische Lebensart“ noch immer kein Herzensanliegen oder zumindest etwas emotional Fremdes zu sein scheint. Denn auf die Frage, ob sie sich etwas unter einer europäischen Lebensart vorstellen können, antworten nur die Polen mit großer Mehrheit von 66 Prozent „Ja“. In Deutschland können sich dagegen 55 Prozent darunter nichts vorstellen und in Frankreich fällt 73 Prozent der Menschen zu diesem Begriff nichts ein.

Euro

Besonders bemerkenswert, aber auch sehr markant, sind die Divergenzen schließlich bei der Frage nach dem größten europäischen Projekt, dem Euro. Nur die Franzosen sehen in der Einführung der Gemeinschaftswährung persönliche Vorteile. Wenn es keinen Euro gäbe, meinen 35 Prozent der Franzosen, es ginge ihnen „etwas schlechter“ und 20 Prozent glauben, es ginge ihnen sogar „viel schlechter“. Eine Minderheit von 36 Prozent meint, mit dem Franc ginge es ihnen in Frankreich persönlich besser, davon 14 Prozent sogar viel besser. Umgekehrt dazu ist die Haltung der Deutschen, unter deren Rahmenbedingungen die Gemeinschaftswährung in den 90er Jahren geboren wurde. Nur 21 Prozent der Deutschen glauben noch, dass es ihnen mit der untergegangenen Deutschen Mark heute etwas oder viel schlechter gegen würden. 65 Prozent meinen dagegen, der Fortbestand der D-Mark würde ihnen heute persönliche Vorteile gewähren. Jeder fünfte Deutsche meint sogar, mit der D-Mark ginge es ihm heute viel besser.

Am größten aber ist die Skepsis im Vergleich dieser Umfrage in dem Land, das noch keine eigenen Erfahrungen mit der Einheitswährung machen konnte. Mit Dreiviertel-Mehrheit sind die Polen der Ansicht, dass die Übernahme des Euros eines Tages ihnen persönlich Nachteile bringen würde. 38 Prozent der Polen meinen, bei der Abschaffung des *złoty* durch den Euro werde es ihnen persönlich viel schlechter gehen, genauso viele befürchten zumindest eine leichte Verschlechterung. Aber nur 18 Prozent erwarten eine persönliche wirtschaftliche Verbesserung mit dem Euro in Polen.

Persönliche Situation ohne EU

Sehr aussagekräftig ist schließlich auch die Differenz in den Bewertungen zwischen den Ländern, wenn die Bürger um eine Art Gesamtbilanz aus persönlicher Sicht gebeten werden. Vor die Alternative einer Situation ohne EU gestellt, sagen inzwischen nahezu die Hälfte der Deutschen (49 Prozent), dass es ihnen ohne EU heute persönlich besser ginge. Nur 28 Prozent glauben, dass es ihnen ohne EU etwas oder viel schlechter ginge, 20 Prozent wollen sich nicht festlegen. In Polen und Frankreich dagegen sind die Mehrheitsverhältnisse in dieser Frage umgekehrt. So glauben nur 34 Prozent gegenüber 48 Prozent der Franzosen, ohne EU ginge es ihnen besser, unter den Polen sind es sogar nur 28 Prozent gegenüber 59 Prozent der Befragten.

Zukunftsaussichten

So verwundert es denn auch nicht, wenn die Europäer insgesamt skeptisch werden, wie es um die weiten Zukunftsaussichten der EU bestellt ist. So halten sich in Frankreich und Deutschland die „Pessimisten“ und „Optimisten“ des Projektes der Europäischen Einigung in etwa die Waage. Jeweils ein Drittel der Menschen in beiden Ländern glaubt, dass sich die EU weiterentwickeln werde. Genauso viele glauben dagegen, dass sich die EU zurückentwickeln wird. Ein Viertel sieht eine Fortsetzung auf dem bestehenden Niveau. Nur in Polen überwiegen die „EU-Optimisten“. Hier erwarten nur 24 Prozent eine Rückentwicklung, über 40 Prozent meinen, die EU werde ihren Prozess, ein einheitliches Europa zu schaffen, fortsetzen können.

Die Stimmung kippt

Sucht man nach plausiblen Erklärungsansätzen für diese bemerkenswerten Befragungsergebnisse, bietet sich die aktuelle politische Großwetterlage als ausschließliches Interpretationsmuster. Im Jahr „Drei“ der europäischen Währungs- und Finanzkrise reagieren die Menschen nüchtern und zunächst einmal scheinbar rational auf die Kaskade der Ereignisse. Nicht zuletzt aber aus einem jeweils unterschiedlich gelagerten Interessenkalkül und vor dem Hintergrund sehr unterschiedlich geführter Diskussion in den drei Ländern.

Am tiefsten zeigen sich deren Spuren offensichtlich im Bewusstsein der deutschen Bevölkerung. Während sich die Deutschen traditionell in den Befragungen als eine der am meisten proeuropäischen Nationen erwiesen, scheint die Stimmung inzwischen zu kippen. So galt es viele Jahre als unausgesprochener Konsens, dass Deutschland als größte und wirtschaftlich stärkste Nation in der EU nicht nur zu den Nettozahlern in der Union gehören müsse, dafür aber auch

aufgrund seiner besonderen Interessen und Wirtschaftsstruktur von der EU-Mitgliedschaft entsprechend profitiert. Die Bereitschaft, sich als „Zahlmeister“ dennoch solidarisch zu erweisen, konnte auch durch die Belastungen der deutschen Wiedervereinigung und der EU-Erweiterung nicht nachhaltig erschüttert werden, solange sich die Deutschen in der langfristigen Perspektive weiterhin unter dem Strich Vorteile aus dieser Solidarität versprechen konnten. Auch die Einführung des Euros hatte diese Grundwahrnehmung zwar beschädigt, konnte sie aber nicht nachhaltig erschüttern. Dieser Grundkonsens ist scheinbar durch die innenpolitische Diskussion über die Ursachen und Lösungsmöglichkeiten der europäischen Finanzmisere nachhaltig bedroht. Denn die Aussagen zur Bewertung des Euro zeigen die markantesten Unterschiede und markieren stellvertretend die scheinbar unterschiedlichen Interessenlage bzw. Erwartungen der Bevölkerung in den drei Befragungsländern. Während die Deutschen inzwischen zu Zweidritteln der Auffassung sind, dass es ihnen ohne die Gemeinschaftswährung besser ginge, sehen die Franzosen im Euro im Vergleich zum Franc weiterhin einen Stabilitätsanker für materiellen Wohlstand und Stabilität.

Der Euro steht dabei in allen Ländern quasi als Metapher stellvertretend für das Zukunftsversprechen der EU als Gesamtprojekt. So korrespondieren die Antworten auf die Fragen zum Euro in auffälliger Weise mit denen zur Bewertung der EU insgesamt. Dabei urteilen die Deutschen inzwischen mit knapp 50 Prozent gegenüber 32 Prozent, dass es ihnen ohne die EU eigentlich persönlich besser ginge, nur noch 32 Prozent meinen das Gegenteil. Die Franzosen meinen umgekehrt zu 53 Prozent gegenüber 34 Prozent, die EU verschaffe ihnen persönlich eher Vorteile.

Die polnische Bevölkerung, zwar bereits Mitglied der EU, aber noch im Besitz der nationalen Währung, urteilt differenziert. Sie bewertet die Errungenschaften der politischen Union und die neue Mitgliedschaft durchweg und in Mehrheit bei fast allen Fragen positiv. Doch sie scheut – vielleicht nicht zuletzt aufgrund der Ereignisse in den vergangenen drei Jahren – die Übernahme der Gemeinschaftswährung. Östlich der Oder sagen die Menschen mit 69 Prozent gegenüber 28 Prozent, die EU verschaffe ihnen persönlich Vorteile, aber bei einer Einführung des Euros erwarten 78 Prozent zu 18 Prozent klare Nachteile.

Diese Bewertung des Euros und die nationalen Perspektiven schlagen auf andere Fragestellungen durch, wenn es um die Erwartungen an die Werte der EU und ihre Leistungen nach innen geht. Insbesondere bei der Bewertung der persönlichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt, den „Sozialen Frieden“ oder des Ausgleichs zwischen „Marktwirtschaft“ und „Sozialer Verantwortung“ ergeben sich ähnliche Muster in den drei Ländern.

Dass sich die Stimmungslage in Polen davon ein Stück weit abhebt, findet eine plausible Erklärung in der unterschiedlichen historischen Entwicklung. Seit acht Jahren in der EU und zwanzig Jahre nach dem Beginn der wirtschaftlichen Transformation ist in allen Generationen die Erinnerung an die Zeiten ohne EU noch vorhanden. Daher eine mehrheitliche Unterstützung für alle Projekte der EU wie Reisefreiheit oder gemeinsamer Arbeitsmarkt oder auch eine „europäische Lebensart“. Auch der „soziale Frieden“ wird der EU gut geschrieben.

Damit kontrastiert in allen drei Ländern die Wahrnehmung der Errungenschaften und des Leistungsversprechen der EU nach innen zu der Bewertung ihrer Leistung nach Aussen. In der Beurteilung der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen im Prozess der Globalisierung und im internationalen Wettbewerb sind sich die Menschen in Frankreich, Polen und Deutschland erstaunlich einig. Jeweils um die 60 Prozent glauben, dass das eigene Land die EU benötige, um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können. Auch die Vorbildfunktion der EU im „Systemwettbewerb“ wird in allen Ländern von einer Mehrheit zwischen 56 Prozent und 70 Prozent nicht in Frage gestellt. Auch praktische Errungenschaften wie die Reisefreiheit werden mit großer Mehrheit nicht bezweifelt.

In der Gesamtbilanz dürften sich somit auch „Pro-Europäer“ vielleicht noch beruhigt zurücklehnen. In allen Ländern sehen die Menschen mit Mehrheit zwischen 52 Prozent und 65 Prozent noch immer persönlich eher Vorteile als Nachteile als Mitglieder in der EU. Doch Skepsis ist angebracht. Die großen Mehrheiten scheinen nur auf den ersten Blick stabil. Aufschlussreich und psychologisch sehr aussagekräftig sind in demoskopischen Befragungen die konkreten

Zukunftserwartungen der Bevölkerung. Und beim Blick in die Zukunft sind in Deutschland wie in Frankreich die Pessimisten gegenüber den Optimisten zahlenmäßig bereits größer, jeweils eine knappe Viertel setzt unentschieden auf Fortbestand des Status Quo. Lediglich in Polen ist das Lager der Optimisten größer, Pessimisten und Realisten bilden aber zusammen eine Mehrheit über 50 Prozent. Und dass die EU allenfalls in den Köpfen bei einer rationalen Güterabwägung eine Zustimmung findet, verraten die Antworten auf die Frage nach der europäischen Lebensart. Franzosen wie Deutsche können mit dem Begriff mehrheitlich nichts anfangen. Europa als Institution ist in beiden Ländern noch immer nicht in den Herzen der Menschen angekommen, es ist nicht mit dem Wertekanon der Bevölkerung und ihrem Lebensgefühl verwoben. Erstaunlich- oder bezeichnenderweise dafür im jungen EU-Mitgliedsland Polen. Frieden, Freiheit, Wohlstand und Gerechtigkeit werten sie offensichtlich als typisch „europäische“ Werte und Lebensgefühle und haben so für Zweidrittel eine konkrete Anschauung.

Schwindendes Vertrauen in die EU – ein Kommunikationsproblem?

Lassen sich die Ergebnisse der Befragung auf ein Vermittlungsproblem durch die politische Führung insbesondere in Deutschland reduzieren und müsste die Antwort vor allem in einer neuen politischen Kommunikationsoffensive in Sachen Europas bestehen?

Zweifellos besteht ein Zusammenhang zwischen der Kommunikation der Euro-Krise und den Veränderungen im Bewusstsein. Die überaus kritischen und emotionalen Bewertungen der Medien und von Teilen der politischen Elite – vor allem in Deutschland – über den Wert der europäischen Solidarität und die Vor- und Nachteile des Euros sind nicht ohne Wirkung geblieben. In der Bevölkerung schwindet das Vertrauen auf den Stabilitätsanker Europäische Union, wenn deren Grundkonstruktion mit populistischen Reflexen in Frage gestellt wird. Da ist der Vorwurf von Jean Claude Juncker, in Deutschland werde Europa wie ein innenpolitisches Thema diskutiert, berechtigt. Ebenso die wiederholt vorgebrachte Kritik, die deutsche Europapolitik und das Krisenmanagement erfolgten ohne mittelfristige Perspektive und ohne Grundorientierung. Doch als alleiniger Erklärungsansatz oder Hinweis auf eine mögliche Überwindung greifen sie zu kurz.

Festzustellen ist zunächst, dass in der Diskussion der Euro-Krise in Deutschland im Unterschied zu Frankreich die Interessenverbände in Politik und Wirtschaft bislang sehr defensiv und zurückhaltend argumentieren. Insbesondere die deutschen Wirtschaftsverbände, die ein eindeutiges Interesse an der europäischen Währung, an deutschen Exporten und der wirtschaftlichen Stabilität auf den Hauptabsatzmärkten deutscher Produkte haben, kommunizierten in der Debatte auffällig zurückhaltend, defensiv und mahnend. In Frankreich haben sich die entsprechenden Verbände in der Krisendebatte deutlich stärker positioniert und auf die ökonomischen Vorteile der gemeinsamen Währung und der Union verwiesen.

Abgesehen von den politischen Parteien ist auch die deutsche Zivilgesellschaft bislang sehr zurückhaltend in der Debatte um den Euro engagiert. Deutsche Intellektuelle etwa, die deutlich herausgearbeitet hätten, dass der Euro und die deutsche Solidarität im ureigenen Interesse des Landes, seiner Arbeitnehmer und seiner Zukunft stehen, bilden die Ausnahme. Stattdessen dominierten die Argumente über die Verfassungsmäßigkeit der Rettungsmaßnahmen, die Interessen und Rolle der Banken oder die „Opferrolle“ der Deutschen als überforderter Zahlmeister die Argumentationsmuster der breiten Öffentlichkeit. Diese Debatten hatten in Frankreich und Polen keine Parallelen.

Dass auch in Deutschland eine große Bereitschaft besteht, auch jenseits populistischer Ängste, die materiellen Vorteile der EU rational und auch im eigenen Interesse zu erkennen, zeigen die hohen Werte, die die EU erhält, wenn nach der Schutzfunktion im internationalen Wettbewerb gefragt wird. Dieser Wert wird in Deutschland wie auch in Polen oder Frankreich nach wie vor nicht in Frage gestellt.

In den Augen der Mehrheit kann die EU ihr Leistungsversprechen nach Wohlstandssicherung und Stabilität in der internationalen Umwelt überzeugend darstellen. Dies gilt ebenso für andere Werte und Vorteile, wie sie bei den Antworten zur Vorbildfunktion der EU oder ganz konkret der Reisefreiheit zum Ausdruck kommen.

Immer weniger überzeugend scheint dies in Deutschland und Frankreich bei dem „Leistungsversprechen“ nach innen wie dem „sozialem Ausgleich“ oder den Arbeitsmarktchancen. In Deutschland ist dieses Leistungsversprechen jahrzehntelang mit der Stabilität der Währung bzw. der Deutschen Mark verbunden gewesen. Und die Krise des Euros sowie die vermeintliche Rollenzuweisung der Deutschen als übervorteilter Zahlmeister trifft in hohem Maße ein zentrales Lebensgefühl, wie es in Frankreich weniger ausgeprägt war.

Die Deutschen nehmen dabei anders als Franzosen und Polen die EU immer weniger als Stabilitäts- und Hoffungsanker für ihren persönlichen Wohlstand und Zukunftsperspektive wahr. Der psychologische Reflex ist bei immer mehr Bürgern die Regression auf das altvertraute Erfahrungsmuster: „Ohne EU würde es uns besser gehen.“ Praktisch das Gegenmodell ist dazu in Polen erkennbar. Hier ist die Progression auf die EU als Hoffungsanker für Stabilitäts- und Wohlstand weiterhin lebendig; eine Ausnahme davon bildet die Anhänglichkeit an die nationale Währung. In Frankreich halten sich beide Reaktionsmuster zur Zeit offensichtlich die Waage. Besorgniserregend müsste besonders dabei die Dynamik der erkennbaren Veränderungen in Deutschland sein. Zwar scheint das Phänomen nicht vollkommen neu, es war bereits mit der Einführung des Euros erkennbar. Der Trend hat sich aber offensichtlich erst mit der aktuellen Euro-Krise manifestiert.

Politische Konsequenzen

Der mögliche Ausweg und die konsequente Reaktion auf diese Erkenntnis kann daher nicht einfach eine verstärkte Kommunikationsoffensive sein. Europa in seiner Komplexität besser verständlich zu machen oder einfacher zu erklären, ist ein nachvollziehbarer, aber auch etwas hilfloser Reflex, der zudem in den vergangenen Jahren nur wenig erfolgreich war.

In der Krise sollte stattdessen die wohlgemeinte Aufklärung über die europäische Vergangenheit und der Weg zur heutigen Situation ersetzt werden durch eine überzeugende politische Vision der Europäischen Zukunft. Ein Modell, das für alle Europäer – und dabei besonders auch für die scheinbar heutigen Verlierer – wieder einen gemeinsamen Hoffungsanker darstellt: Die Realisierung einer tatsächlichen Wirtschafts-, Politik- und Sozialunion.

Die Blaupause für diese Vision haben die Europäer zwar in ihrem Vertrag von Lissabon bereits konkret vorgezeichnet. Allerdings abstrakt und nur für politische Eliten vermittelbar. Vor allem aber fehlte bislang die politische Glaubwürdigkeit in der Praxis.

Außerdem wäre es ein fataler Fehlgriff, wenn es für die Bürger in ihrem Alltagsverständnis mit einem „noch mehr von diesem Europa“ übersetzt werden würde. Im Gegenteil könnte dies den regressiven Reflex verstärken, weil sie aktuell keine positiv besetzten Erfahrungen vorfinden.

Am Anfang kann somit nur die politische Offensive für einen überzeugenden Entwurf für die „Vereinigten Staaten von Europa“ stehen, der von den führenden Eliten in Europa im Konsens entwickelt, getragen und als wirklich realistischen Ausweg aus der aktuellen Krise kommuniziert wird. Hier aber ist zunächst Führungsverantwortung und politischer Wille gefordert. Politische Zaghaftigkeit und mangelndes Selbstvertrauen in diesen Weg dagegen wären aber bereits der Totengräber einer solchen Vision.

Dabei darf eine unterbewusst wirksame Alternative nicht länger im Raum stehen: Mehr oder weniger Europa. Auch hier wären die Reflexe vorprogrammiert. Die kommunizierte Alternative kann nur das „Europa der gegenwärtigen Krise“ oder die eines „besseren Europa für alle“ sein.

Eine Vision aber bleibt ein abschreckendes Szenario, wenn sie mit kruden technokratischen Kürzeln wie ESM oder ESF oder Unwettermetaphern wie „Rettungsschirmen“ arbeitet. Eine Vision muss zudem konkret durchbuchstabiert von Währungsunion über die Fiskalunion und die Sozialunion bis zur politischen Union. Sie muss hinunterreichen bis auf der Ebene des Alltagsbewusstseins; anschaulich und konkret, damit die Bürger sie vor ihren eigenen Erfahrungen und auf der Grundlage der eigenen Interessen bewerten können. Bewertungen aber erfolgen nicht

auf der rationalen Ebene der Argumente sondern der mentalen bzw. emotionalen Ebene der erlebten Erfahrungen.

Insofern ist eine Konsequenz aus der aktuellen Erhebung auch die Forderung nach einer anderen Vermittlung und Kommunikation. Aber nur auf der Grundlage einer wiederbelebten gemeinsamen Eurovision ist eine Umkehrung der sich aktuell verstärkenden Deutungsmuster auch in Deutschland, aber auch in Frankreich oder Polen vorstellbar.

Objektiv sind die Deutschen ökonomisch betrachtet nicht die Verlierer der Euro-Krise, sondern ihre Profiteure. Es liegt in ihrem ureigenen materiellen Interesse, ihrer Wirtschaft, ihrer Arbeitnehmer und weniger der Banken bzw. der Finanzinstitutionen, wenn sie aktuell Solidarität mit den Krisenländern des Südens üben. Dieses Deutungsmuster aber bleibt aktuell zumindest in der deutschen Diskussion in der Defensive, da die Politik und ihre Eliten allein zu schwach sind, um es zur allgemeinen Wahrnehmung zu verhelfen. Es müsste auch von den Interessenverbänden der Wirtschaft, der Arbeitnehmer, der kleineren Wertanleger bis zu denen der Sozialverbände und Konsumenten mitgetragen werden, die sich offensiv in die Debatte einbringen sollten. Ebenso von der Zivilgesellschaft, mit einem besonderen Stellenwert der Medien- und Kultureliten. Vereinzelte Initiativen, wie etwa die der „Engagierten Europäer“ sind hoffnungsvolle Ansätze, aber allein zu schwach im Strom gegen einen zunehmenden Trend.

Die aktuellen Zahlen der Erhebung mögen vielleicht nur die Momentaufnahme eines Trends in Kerneuropa sein, aber sie sollten von den verantwortlichen Eliten als Alarmsignal interpretiert werden. Die realistischen Vorbehalte der Bürger müssen viel mehr ernst genommen und sollten nicht als populistische Reflexe unterbewertet werden. Denn ohne massive Korrektur dürfte sich der Trend weiter verschärfen.

Für eine mögliche Überwindung der prekären Situation ist der Gleichklang der aufgezeigten Schritte „Vision – Kommunikation – Erfahrung“ notwendig. Der entscheidende Erfolgsfaktor wird aber in einer vierten Komponente bestehen: Der Selbstwirksamkeitsüberzeugung der Bürger. Für Eliten wie Bürger stellt sich die jüngste Entwicklung zumeist wie das Ergebnis einer unvorhersehbaren und wenig beeinflussbaren Entwicklung dar. Resignativ fügen sie sich in das scheinbar alternativlose Szenario, reagieren populistisch oder regressiv. In der Hoffnung, so wie die Krise vielleicht „über Nacht“ über sie gekommen ist, möge der Alptraum sich bald wieder verflüchtigen.

Solange sich die Bevölkerung wie auch Teile der Eliten in der Zuschauerrolle als Opfer der Verhältnisse empfinden, werden sie die notwendigen Schritte weder verstehen, noch mittragen, geschweige denn ihnen die erforderliche Schubkraft verleihen. Kennzeichnend für den europäischen Einigungsprozess war bislang auch die Erfahrung des Souveräns, dass ihm die Möglichkeiten und Fähigkeit genommen werden, die Situation und Entwicklung zu beeinflussen. Es wurden ihm keine Handlungsoptionen in Aussicht gestellt oder seine Entscheidung erbeten.

Von entscheidender Bedeutung bei der Bewältigung der europäischen Krise wird aber die Beantwortung der Frage sein, ob den Bürger bei der zukünftigen Ausgestaltung der EU eine reale Entscheidungsoption zugebilligt wird. Dürfen oder sollen sie sich wirklich frei für eine der zu diskutierenden Optionen entscheiden dürfen? Die vorherrschende Furcht vor einem Votum der Bürger, die die politischen Eliten in Europa prägt, ist dagegen nicht nur lähmend sondern untergräbt die Glaubwürdigkeit der notwendigen Initiative schon im Vorfeld fundamental. Dagegen ist die freie Entscheidung durch die deutschen und europäischen Bürger konstitutiv für die gesamte Legitimation eines Reformprozesses, wenn ein qualitativer „Sprung nach vorn“ gelingen soll.

Für die notwendige Diskussion darüber gibt es keinen besseren Zeitpunkt als die aktuelle Krise.

14. September 2012